Beschlussvorlage
OBM/035/2019

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	22.05.2019	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Unterzeichnung des ICAN-Städteappells - #ICANSave meine Stadt -
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.05.2019 sowie gemeinsamer Antrag Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP vom 07.05.2019

Sachverhalt (kurz):

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ist ein globales Bündnis von über 450 Organisationen in 100 Ländern, das sich für die Ächtung von Atomwaffen sowie für Abrüstung und Frieden einsetzt. Für dieses Engagement wurde ICAN 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Bündnis hat den Prozess zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot begleitet und mobilisiert weiter für die Unterzeichnung, Ratifikation und Anerkennung dieses Vertrages als Instrument zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen. Darüber hinaus kämpft sie für den Abzug der in Deutschland stationierten US-Atombomben. Nun ruft ICAN Deutschland e.V. mit dem Städteappell - #ICANSave meine Stadt - dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen auch in der Bundesrepublik zu unterstützen. Die Bundesregierung ist bisher den Verhandlungen ferngeblieben und hat den Verbotsvertrag noch nicht unterzeichnet. Eine ganze Reihe deutscher Städte, darunter Mainz, Köln und Wiesbaden unterstützen den Appell bereits. Nürberg ist seit dem Jahr 2004 Mitglied der weltweiten Organisation "Mayors for Peace"; eine Unterzeichnung des Städteappells wäre deshalb konsequent.
Wortlaut: “Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Ergänzend zur Vorlage der Verwaltung sind noch Anträge der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.05.2019 sowie gemeinsamer Antrag Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP vom 07.05.2019 eingegangen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Bedrohung durch Atomwaffen betrifft alle Menschen gleichermaßen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **MRB**

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Unterzeichnung des ICAN-Städteappells - #ICANSave meine Stadt - zu.